

Grußwort Gedenkveranstaltung in Kyritz

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Graf von Schwerin,

ich freue mich, dass Sie mit der heutigen Gedenkveranstaltung zum zehnten Male an die Opfer und Folgen von Bodenreform und Zwangskollektivierung erinnern.

Viel zu lange gab es im Brandenburger Landtag nur eine einzige Meinung zu Bodenreform und nachfolgender Zwangskollektivierung. Diese lautete bei Brandenburger SPD, DIE LINKE und CDU bis 2009 gleichermaßen, dass Bodenreform und Kollektivierung zwar mit unschönen Begleiterscheinungen abgelaufen seien, aber im Endergebnis einer international wettbewerbsfähigen Agrarstruktur den Weg bereitet hätten. Während DIE LINKE und SPD noch bis heute frei nach dem Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel“ dieser irrigen Auffassung huldigen, ist es in dieser Legislaturperiode der Opposition mit der Einrichtung der Enquetekommission „Aufarbeitung“ gelungen auch in Brandenburg eine andere Sicht auf die Geschichte publik zu machen.

Mit der Bodenreform nach 1945 verbanden viele hunderttausend Bauern und Kriegsflüchtlinge die Hoffnung auf ein eigenes Stück Land und auf ein selbstbestimmtes Leben für sich und ihre Familien. Heute wissen wir, dass die Bodenreform von Anfang an nicht zur Beförderung und Etablierung einer bäuerlichen Landwirtschaft gedacht war, sondern die Grundlage für die spätere Bildung von Kollektivbetrieben nach sowjetischem Vorbild legen sollte.

Ihnen, der ARE, ist es wesentlich zu verdanken, dass die Erinnerung an die schrecklichen Ereignisse der späteren Zwangskollektivierung und deren weiteren Folgen wach gehalten werden. Ihnen ist es zu verdanken, dass Bodenreformbetreffene und Neusiedlererben gleichermaßen einen Adressaten hatten, an den sie sich in ihrer Not wenden konnten.

Bodenreform und Zwangskollektivierung, insbesondere aber der Umgang mit deren Ergebnissen nach 1990 belastet bis heute den Rechtsfrieden in unserem Land und hat bei vielen Menschen das

Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit unwiderruflich geschädigt. Sie sind aber zudem Ursache einer langen Liste von agrarpolitischen Problemen, mit denen wir es heute zu tun haben. Deshalb haben wir Grüne hart dafür gekämpft, diese Zustände aufzuarbeiten. Wir betrachten die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung“ des Landtages Brandenburg als einen wichtigen Schritt auf dem Weg, begangenes Unrecht zu heilen, ohne neues Unrecht zu schaffen:

- Für die gescheiterten LPG-Umwandlungen sollen die Rechtsverhältnisse geklärt werden.
- Alle vom Land enteigneten Besitzer bzw. Erben von Bodenreformland sollen ihr Land zurück erhalten oder entschädigt werden, für alle vom Land angeeigneten Flächen soll ein Verkaufsstopp gelten;
- Und die Besitzer und Erben von Bodenreformland sollen schneller ermittelt werden;

Wir Grüne werden der Landesregierung auch in der nächsten Legislaturperiode genau auf die Finger schauen, wie die Empfehlungen der Enquetekommission in die Tat umgesetzt werden – und ihr auch auf die Finger klopfen, wenn sie in altbekannter Manier die Umsetzung verschleppt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das entstandene Unrecht im Zuge von Bodenreform, Zwangskollektivierung und Nachwendepolitik darf nicht vergessen werden. Deshalb begrüße ich das von der ARE initiierte Zeitzeugenprogramm, das Schülerinnen und Schülern das geschehene Unrecht verdeutlichen soll und deshalb danke ich Ihnen außerordentlich, dass Sie mit ihrer heutigen Aktion die damaligen Vorgänge in Erinnerung rufen.

Denn wer heute aktiv Politik mitgestaltet, der sollte um dieses Unrecht wissen. Die gerechte und ökonomisch sinnvolle Verteilung von Boden war immer ein hochpolitisches und brisantes Thema. Und der Blick auf die aktuelle politische Agenda zeigt, dass sich daran wenig geändert hat. Im Gegenteil: In Folge der Agrar- und Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte entstehen heute Agrarstrukturen, die die historischen ostelbischen Güter geradezu als „kleinbäuerliche Landwirtschaft“ erscheinen lassen. Wer davon profitiert, das können wir in den Subventionsberichten der EU nachlesen. Wer davon nicht profitiert, das sind die Umwelt, die Verbraucher, die Landwirte und schon gar nicht die Menschen in den ländlichen Regionen.

Nur einige Meter entfernt feiern Vertreter der LINKSPARTEI die Bodenreform regelmäßig als geschichtlichen Fortschritt. ...Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet eine rot-rote Landesregierung tatenlos zuschaut, wie immer mehr Boden in die Hände einer kleinen Zahl von außerlandwirtschaftlichen Investoren gerät. DIE LINKE schaut zu, wie der Turbokapitalismus auf unseren Äckern eine fröhliche Party gibt. Diese Politik ist alles andere als links – sie ist vielmehr der erneute Verrat an den angeblichen Zielen der Bodenreform von 1945.

Mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Gedenkveranstaltung, an der ich wegen der Teilnahme an der gleichzeitig stattfindenden Demonstration in Potsdam für eine andere Agrarpolitik leider nicht anwesend sein kann.

Ihr Axel Vogel